

# SPD verlangt aktuelle Infos zur Stromtrasse

## Sachstandsbericht zu Planungen gefordert

Der Essener Bürgermeister oder die Verwaltung sollten zum Stand der Planungen für die Überlandleitungen referieren, erklären die Sozialdemokraten.

**Essen** (mel). Die Essener Sozialdemokraten wünschen sich konkrete Informationen zum aktuellen Stand der Planungen für die Starkstromtrasse, die durch den westlichen Bereich der Gemeinde verlaufen soll. Der Bürgermeister oder die Verwaltung der Gemeinde Essen sollten einen aktuellen Sachstandsbericht zum geplanten Stromtrassenverlauf in den Ratsgremien vortragen, heißt es in einer Mitteilung der SPD-Ratsfraktion.

„Wir als Gemeinde Essen sind, wie die vielen anderen Betroffenen, von der Vorstellung des Trassenverlaufes überrascht worden. Wir sind enttäuscht, nicht nur über die Art und Weise der Veröffentlichung, sondern über die Auswahl der Trasse im Gemeindegebiet Essen. Wir müssen leider feststellen, dass etliche Bürgerinnen und Bürger in direkter Nähe zum geplanten Trassenkorridor wohnen“, heißt es in dem Schreiben der Sozialdemokraten.

Scheinbar sei die kürzeste Strecke von Cloppenburg nach Merzen ganz bewusst als Stromtrasse ausgewählt worden, um Kosten zu sparen. „Das kann nach unserer Ansicht doch nicht das ausschlaggebende Argument der Trassenwahl sein, sondern die Raumverträglich-

keit für Mensch und Umwelt sollte besondere Beachtung und Berücksichtigung finden. Mit dem geplanten Bau der 380 kV starken Überland-Leitung in unserem Nahbereich sind wir nicht einverstanden“, betont SPD-Fraktionschef Detlef Kolde.

Die Genossen befürchten massive Erkrankungsrisiken für Mensch und Tier aufgrund elektromagnetischer Felder im unmittelbaren Bereich der Stromtrasse. Die Überlandstromtrasse sei ein enormer Einschnitt in das biologische System. Weitere negative Folgen seien die Wertminderung der angesiedelten Wohnhäuser, die Beschneidung der Erweiterungsmöglichkeiten im Gewerbegebiet Sandloh sowie eventueller Bauanschlussgebiete der westlichen Essener Siedlungen. Nachteile befürchtet die SPD auch für den Wander- und Radtourismus in der Gemeinde Essen.

„Es gibt in unseren Augen prinzipiell keine nachhaltigen Gründe, die für eine Überlandtrasse in diesem Bereich sprechen. Falls an diesem Vorhaben festgehalten wird, sollten wir mit allen juristischen Mitteln gegen den Bau der Trasse vorgehen“, betonen die Sozialdemokraten.

Der Tagesordnungspunkt „Aktueller Sachstandsbericht zum geplanten Stromtrassenverlauf auf dem Gemeindegebiet Essen“ solle daher auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien gesetzt oder sogar als ständiger Beratungspunkt in den Gremien aufgenommen werden.